




//Ljubomir Bratić


Politischer Antirassismus und Kunstinterventionen

Im ersten Teil werden überblicksartig die sozialen, politischen und ökonomischen Hintergründen von Migrationsbewegungen beschrieben. Daran anschließend stehen das Praxisdenken des politischen Antirassismus und ausgewählte Interventionstechniken, die für diese Art des Denkens und Handelns charakteristisch sind, zur Diskussion. Diese Techniken sind „Normalität begreifen“, „alternative Modelle entwickeln“, „Historisierung als Strategie“, „Allianzenbildung“, „(Self)Empowerment“ und „Konfliktinszenierung“. Ausgehend von dieser Perspektive wirft der letzte Teil einen kursorischen Blick auf Interventionen im Kultur- und Kunstfeld. Der Text hat einen programmatischen Charakter, weshalb auf eine längere Exploration der Kunstbeispiele verzichtet wird. *(7)

Was heißt Migration?

Migrieren heißt sich im „sozialen Raum“ (Schroer 2006)  (*9) zu bewegen. Der vorhandene soziale Raum ist kein leerer, sondern einer, der bereits in diverse Orte aufgeteilt ist. Der Ort, der für die Fortbewegung von Menschen von zentraler Bedeutung ist, wird Nationalstaat genannt. Das gegenwärtig vorherrschende wirtschaftliche Paradigma heißt Kapitalismus – sein Motor ist die Produktion von ökonomischem Mehrwert. Mehrwert – das, was dem Eigentümer / der Eigentümerin der Produktionsmittel in Form von Geld bleibt – wird geschaffen, indem die Produktion bestimmter Waren möglichst billig gestaltet wird. (Marx 1962)  (*6) Wie? Durch die Beschaffung billiger Rohstoffe und billiger Arbeitskräfte. Billige Arbeitskraft! Das ist der allerwichtigste Begriff, wenn von Migration die Rede ist, weil es bei der Migration größerer Gruppen von Menschen immer darum geht, die materiellen Lebensbedingungen zu sichern. Die materiellen Lebensbedingungen bedeuten, genug zum Essen zu haben, leistbaren Wohnraum zu bewohnen und die (Er-)Öffnung einer Zukunftsperspektive. Einerseits gibt es also das Interesse, Arbeitskräfte möglichst billig einzusetzen *(1), andererseits gibt es das Interesse zu überleben. Diese zwei Interessen treffen sich und folglich kommt es zu Bewegungen größerer Gruppen von Menschen von einem Ort zu einem anderen. Nicht weil sie es so wollen, sondern weil das System eine solche Möglichkeit für die Vermehrung des ökonomischen Mehrwertes notwendig macht. Wenn also von Migration die Rede ist, dann ist implizit oder explizit auch immer die Rede von Kapitalismus und Nationalstaat. Der soziale Mechanismus „Nationalstaat“ steht also nicht nur für Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt, sondern hat auch die Funktion, das laufende Geschäft der Wirtschaft zu erhalten und zu perpetuieren. Einer dieser Schalthebel, der zur Perpetuierung dieses Systems eingesetzt werden, ist der Einsatz von billig gehaltenen Arbeitskräften. Billig wird Arbeitskraft, indem Menschen gezwungen werden, für niedrige Löhne, häufig in Kombination mit schlechten Arbeitsbedingungen, zu arbeiten. Dieser Bezwingungsprozess funktioniert, indem die materielle Basis der Menschen eingeengt wird: Alle sind gezwungen zu verkaufen und zu kaufen, um zu leben. Was ist aber, wenn es kein Geld gibt, um etwas zu kaufen oder wenn es nichts zu kaufen gibt? Dann machen sich Menschen, wohlgemerkt größere Gruppen von Menschen – denn hier ist nicht die Rede von wenigen, die sich das Reisen leisten können – auf den Weg. Dieser Weg führt von einem Ort zum nächsten, von einem Ort, an dem es einen Mangel an materiell lebensnotwendigen Gütern gibt, zum nächsten, an dem diese Versorgung – aus welchen Gründen auch immer – gewährleistet wird. Diese Skizze ist eine vereinfachte, aber durchaus treffende Beschreibung der Anfangssituation jedweder

Migration, weil sie die Suche nach besseren Lebensbedingungen beschreibt. In diesem Prozess gibt es mehrere Akteurspositionen: Erstens die Position der weltweiten Wirtschaft; zweitens die Position der in den Nationalstaaten (sowohl in den Absender- als auch den Aufnahmeländern) verankerten Wirtschaft und der historisch gewachsenen Interessensvertretungen; drittens die Position von Menschen, die gezwungen sind, den Ort, den sie ihre Heimat nennen, zu verlassen. Das tun sie nicht gerne, aber wenn sie es tun, dann werden sie aufgrund ihrer Zahl zu einem eigenständigen Bewegungsfaktor, der die Weltverhältnisse verändert. Diese Eigenständigkeit beschreibt die „Autonomie“ der Migration (Moulier Boutang 2002).  (*7)

Nomos heißt auf Altgriechisch Gesetz. Nomos heißt aber auch Veränderung, was bedeutet, dass etwas Altes durch etwas Neues ersetzt werden kann. Migration ist eine Kraft, die - wie Nationalstaaten und die weltweit agierende Wirtschaft - neue Verhältnisse entstehen lassen kann. Bei dem, was politischer Antirassismus (Bratic 2012)  (*3) genannt wird, geht es darum, den Subjektpositionen der MigrantInnen in der Öffentlichkeit zur Anerkennung zu verhelfen.

Politischer Antirassismus als Praxisdenken


Politischer Antirassismus ist ein Praxisdenken. Er ist eine diskursive Positionierung, die bemüht ist, neben der Theorieproduktion auch die Praxis *(2) voranzutreiben. Dieses Postulat hat Vorteile und Nachteile: Die Wirkungen, die auf theoretischer Ebene entfaltet werden, sind mittelbar und beziehen sich zum Beispiel auf die Rationalisierung der Diskussionen über Migration. Die „großen“ Diskussionen über Kleidungsstücke wie etwa das Kopftuch oder über die vermeintlich kulturelle und identitäre Zerrissenheit von MigrantInnen werden prinzipiell und argumentativ in Frage gestellt mit dem Ziel, sie ins Abseits zu drängen. Wenn bei diesen Infragestellungen, also beim Praxisdenken des politischen Antirassismus, von einer Verbesserung der gesellschaftlichen Lage der MigrantInnen die Rede ist, geht es nicht darum, diese Gruppe en bloc zum Opfer zu erklären oder sie zu pathologisieren, noch sollen MigrantInnen zu Objekten der psychologischen, soziologischen und ethnologischen Befragungen gemacht und ihre benachteiligte soziale Lage in der Gesellschaft auf ihre eigenen Handlungen zurückgeführt werden. Und schließlich geht es auch nicht darum, soziale Ungleichheiten durch einen Diskurs über vermeintlich „fremde“ und hermetisch abgeschlossene Kulturen, die im Gegensatz zur eigenen „richtigen“ Kultur stehen würden, zu legitimieren und zu rechtfertigen. Es geht allein darum, Gleichheit voranzutreiben und dieses Vorantreiben beinhaltet nach dem Denken und der Praxis des politischen Antirassismus vor allem eine Hinwendung zur Politik, denn Gleichheit in unserer Gesellschaft wird als politische Gleichheit verstanden. Diesem Postulat folgend gilt es, den Gleichheitsgedanken voranzutreiben und zwar mit allen dazu notwendigen Differenzierungen. Wir sind nicht alle körperlich und psychisch gleich, aber wir sind in den Gesellschaften, die sich Demokratien nennen, alle gleich geboren und sollten nach Erlangung des Erwachsenenstatus als ebenbürtig gelten, ausgestattet mit den gleichen Rechten und Pflichten.

Der Satz „Ein Individuum eine Stimme“ ist ein zentrales Postulat der Demokratie. Was ist aber, wenn diese politische Stimme, wie derzeit in Österreich mehr als einer Million BürgerInnen nicht zusteht? Was passiert dann mit der Demokratie? Können wir überhaupt von Demokratie sprechen, wenn derartige gesetzlich verankerte Ausschließungen existieren? Ist dadurch nicht das zentrale Postulat der Demokratie gefährdet, das besagt, dass die Gesetze für diejenigen gelten, die ihre RepräsentantInnen gewählt und damit beauftragt haben, Gesetze (in ihrem Namen) zu erlassen? Natürlich ist es das. Und das ist der Punkt, an dem politischer

Antirassismus ins Spiel kommt, indem er bedingungslos auf die Teilhabe der MigrantInnen setzt und damit behauptet, eine Arbeit an der Demokratie zu leisten. Denn es geht in letzter Konsequenz nicht nur um die Beseitigung der Benachteiligung einzelner Gruppen, sondern auch um diese Beseitigung des herrschenden Systems, das soziale Ungleichheiten gesetzlich legitimiert. Es geht also darum, durch die Verbesserung der Lage der Benachteiligten eine Verbesserung der Lage von allen in einer Gesellschaft herbeizuführen. Der erfolgreiche Kampf der ArbeiterInnen um das Wahlrecht war nicht nur ein Kampf für die Arbeitenden selbst und auch der erfolgreiche Kampf der Frauen um das Wahlrecht war nicht nur ein Kampf für die Frauen. Es waren immer politische Kämpfe für uns alle, weil dadurch die Gesellschaft, in der wir leben, gerechter wurde! Ein Kampf ist nur dann politisch, wenn er – aus einer partikulären Position – im Namen aller geführt wird.

Interventionen im Rahmen des Politischen Antirassismus

Interventionen sind, abhängig vom Zusammenhang, in dem sie eingesetzt werden, und ob sie sich auf etwas Vorangegangenes beziehen und/oder einen tradierbaren Zusammenhang aufweisen, Formen im Sinne von festgelegten Bewegungsabläufe, Techniken im Sinne von Können und Wissen sowie taktische und strategische Vorgangswesen und politische Instrumente. Im Rahmen des politischen Antirassismus wurden mehrere Bereiche identifiziert, in denen Interventionen, zwecks Erzielung von Wirksamkeiten, möglich und erwünscht sind. Das Wirken gegen Rassismen in der Gesellschaft erfordert eine ständige Auseinandersetzung auf mehreren Ebenen. Diese Ebenen und die entsprechenden Instrumente des politischen Antirassismus werden im Folgenden vorgestellt.

Das Instrumentarium „Normalität begreifen“ wird eingesetzt, um die bestehenden Konsensverhältnisse als sozial produziert zu entlarven. Ein Teil dieses Verfahrens ist es daher, die Naturalisierungsverfahren der konsensual vermittelten Herrschaftsverhältnisse nachvollziehbar zu machen, um zu zeigen, dass Selbstverständlichkeiten eben nicht selbstverständlich sind, sondern hergestellt und gesellschaftlich produziert werden. Der Konsens ist keine Bedingung der Demokratie, sondern lediglich eine Form ihrer Artikulation, die in unserer Gesellschaft dazu geführt hat, dass alles Konsensuale entsprechend der vorgegebenen Richtlinien zu erfolgen hat. Was ist aber, wenn diese Richtlinien solche sind, die viele Gruppen in der Gesellschaft ausschließen? Für diese Gruppen gibt es dann nur die Möglichkeit, aus ihrer politischen Isolationszelle aufzubrechen und den herrschenden Konsens in Frage zu stellen. Diese Infragestellung durch politisch tätige Subjekte kann jedoch nicht in einem leeren Raum erfolgen, sondern erfordert Vorarbeiten. An diesem Punkt kommt ein weiteres Interventionsinstrumentarium zum Tragen. Es wird als „alternative Modelle entwickeln“ bezeichnet und beinhaltet eine kritische Auseinandersetzung mit vielen anderen möglichen Weltverständnissen und ihrer möglichen Realisierung. Letzten Endes bedeutet dieses Instrument auch ein „Denken der Utopistik“ (Wallerstein 2002)  (*10) und der utopistischen Räume, in denen das Begehren von allen einen legitimen Platz einnehmen kann. Die Wiederentdeckung des Gedankens der Gleichheit gehört zu diesem Begehren. In diesem Zusammenhang ist auch das Instrument der „Historisierung als Strategie“ zu verorten: Es ist ein Blick zurück auf das eigene Begehren und die Kontinuitäten, die außerhalb der eigenen Subjektposition erfolgt sind. Den Versuch, die Gesellschaft im Allgemeinen und die eigene Lage in der Gesellschaft im Besonderen zu verändern, haben viele Generationen vor uns unternommen. „Historisierung als Strategie“ meint in diesem Zusammenhang, diese Versuche und die Geschichte dieser Versuche sicht-, hör- und begreifbar zu machen und ihnen die notwendige Anerkennung zu zollen. Die

Geschichte wird demnach als eine gute Lehrerin im Hinblick auf eine mögliche Stärkung der eigenen politischen Subjektposition verstanden. Ein Beispiel für die „Historisierung als Strategie“ sind die derzeit laufenden Bemühungen um ein „Archiv der Migration“ *(3).

Ein weiteres für unmittelbare politische Aktivitäten wichtiges Interventionsinstrument ist die „Allianzenbildung“, die entlang des Versuchs erfolgt, die eigene Position in der Gesellschaft zu stärken. Sie hat einen kurzfristigen Charakter, hinterlässt aber Spuren, die von verschiedenen anderen AkteurInnen an anderen Orten verfolgt werden (können).


Zu den weiteren konkreten politischen Instrumenten des politischen Antirassismus gehören (Self-)Empowerment, also die Stärkung der Positionen der Diskriminierten in vielen sich konkret vollziehenden Situationen, wie zum Beispiel die Unterstützung von Protestaktionen der schwarzen Community anlässlich der Tötung von Marcus Omofuma am 1. Mai. 1999 mit notwendiger und unbedingter Distanz zu Entscheidungsebenen, um eine AdvokatInnenposition zu vermeiden. Diesen positiven Ansatz verfolgen die UnterstützerInnen der Refugeeebewegung *(4), die sich 2012 in Wien formiert hat.

Das Wissen über eine erfolgreiche Initiierung und Inszenierung eines Konflikts gehört ebenfalls zu den Interventionsinstrumenten des politischen Antirassismus. Ein Konflikt ist ein Raum, der viele Ebenen und gesellschaftliche Positionen fokussiert und vieles, was zumeist (bewusst) verborgen und unterdrückt wird, zum Vorschein bringen kann. Dieses Potential von Konflikten ist darauf zurückzuführen, dass er entlang der Konfliktlinie die gesellschaftliche und persönliche Aufmerksamkeit sensibilisieren kann.

Nicht zuletzt gehört zu den Instrumenten des politischen Antirassismus auch die Hinterfragung der eigenen gesellschaftlichen Position. Wir stehen nicht abseits der rassistisch organisierten Gesellschaft, sondern sind ein Teil von ihr. Demnach wäre zu fragen: Welche Position nimmt jeder und jede einzelne von uns in der Gesellschaft ein? Wie erfolgen gesellschaftliche Prozesse, an denen wir uns beteiligen? Wer profitiert bei diesen Prozessen und wer verstummt? etc. Diese Fragen haben, ebenso wie die verschiedenen Interventionsinstrumente, ihre Dauer, ihre Orte und auch ihre Traditionen.

Interventionen im Kunst- und Kulturfeld

Intervenieren heißt in erster Linie, dass wir uns als Subjekte setzen, um bestimmte Wirksamkeit zu erzielen. Die Wirksamkeit von Interventionen ist verschieden – entsprechend dem gesellschaftlichen Feld, in dem wir uns befinden, und je nachdem woher und wohin wir intervenieren. Eine Intervention ist ein Eingriff in einen Zusammenhang. Eine Kunstintervention ist eine Intervention mit den Instrumenten und Techniken aus dem Kunstfeld.

Was wird nun im Kunst- und Kulturfeld unter politischem Antirassismus verstanden und wie kommen hierbei Interventionen ins Spiel? Ein Feld, so Pierre Bourdieu (2013)  (*1), ist ein gesellschaftlicher Bereich, in dem es autonome Gesetzgebung gibt, das in einem höheren Maße autoreflexiv ist und auf eine eigene Entwicklungsgeschichte zurückblickt, um sich eine eigene Perpetuierung in der Zukunft zu ermöglichen. Ein Feld entwickelt zum Beispiel seine eigenen Kapitalsorten, die in anderen Feldern nicht zwangsläufig eine Bedeutung haben müssen. Ein/e KünstlerIn gilt in einem Physikseminar nicht als zugehörig, weil er/sie als unwissend, vielleicht sogar als naiv wahrgenommen wird. Das Wissen, also das soziale oder kulturelle Kapital, das in einem Feld hoch angesehen ist, hat in anderen

Feldern keinen entscheidenden Wert. Das Kunstfeld hat mit dem politischen Feld *(5) Gemeinsamkeiten, denn beispielsweise gäbe es diese Felder nicht ohne die „Außenkomponente“ des Volkes und der BetrachterInnen; es existieren aber auch Differenzen: Skandal ist z. B. im politischen Feld etwas Verpönte, während er im Kunstfeld nahezu zu einem Teil des künstlerischen Werdeganges von vielen geworden ist.

DIE Figur der KünstlerInnen ist „ver-rückt“, weil ihre Werke außergewöhnlich sein müssen – während diejenige der PolitikerInnen „mittelmäßig“ und diese Mittelmäßigkeit bewusst setzend und pflegend, also hinterlistig, sein müssen. Die Politik muss „verständlich“ sein, weil sie diejenige ist, die alle im Staat, also die, die sie gewählt haben, wie auch jene, die sie nicht gewählt haben, repräsentiert. Zumindest gibt sie vor, ihr Tun sei an alle gerichtet und von allen nachvollziehbar. KünstlerInnen sind „interessant“, PolitikerInnen „langweilig“ – so können ihre Tätigkeiten und Handlungen, überspitzt formuliert, beschrieben werden. KünstlerInnen trifft man gerne, man hat sie gerne im eigenen Bekanntenkreis, ohne an sie Forderungen zu stellen. PolitikerInnen kennt man, weil sie einem „etwas“ weiterhelfen können. KünstlerInnen sind VermittlerInnen zum Werk, das wirkt. PolitikerInnen sind Wunschmaschinen. Sie wirken und sollen wirken, unmittelbar als „unsere“ RepräsentantInnen in den Entscheidungsstrukturen eines repräsentativ demokratischen Staates. Zumindest sollte das so sein. Das ist die gängige Meinung.

Was passiert, wenn die Kunst darum bemüht wird, in das politische Feld zu intervenieren? Was passiert, wenn „fremde“ Menschen in ein Feld intervenieren? Fremd, weil sie per Definition nicht dazu gehören. Das politische Feld, besser diejenigen, die die Normalität des Feldes ausmachen, ignorieren sie. Wenn das nicht mehr möglich ist, dann werden sie verharmlost, und wenn auch das nicht mehr geht, dann werden sie vereinnahmt. Das sind die drei strategischen Vorgangsweisen, die das Verhalten der PolitikerInnen gegenüber KünstlerInnen beschreiben.

Einen wichtigen Teil des politischen Feldes macht die Kultur- und Kunstpolitik aus. Kultur und Kunst werden seitens der Verwaltung als wichtig erachtet, weil diese Felder zu einem Bedürfnis gehören, das sich teilweise mit dem politischen Bedürfnis der modernen Gesellschaften deckt. Welches Bedürfnis? Jenem nach dem Gestalten der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit, die Sphäre des Gemeinsamen und des Austausches zwischen beliebigen Individuen und Gruppen, ist eine prinzipielle Ebene innerhalb der bürgerlichen Gesellschaften. Diese wird durch die informationsvermittelnden und -schaffenden Einrichtungen, die „Medien“, hergestellt und durch Kunst- und KulturproduzentInnen immer wieder erneuert. Innerhalb der Öffentlichkeit, als Bestandteil der politischen Sphäre, tobt ein Richtungskampf. Es wird darum gekämpft, was gesagt und was nicht gesagt werden darf, wer das Sagen hat und wer zum Schweigen verurteilt ist, wer einen Namen hat, also erkennbar, markierbar und hörbar ist, und wer als namenlos zum Schicksal der Unübersichtlichkeit verurteilt ist. Es tobt ein Kampf um die Worte und den Diskurs, der nicht harmlos ist, weil er u.a. über die Zuteilung der materiellen Werte und Ressourcen entscheidet. Die Themenvorgabe, also das, worüber die Öffentlichkeit diskutiert und wer als diskussionswürdig anerkannt wird, sind wichtige Fragen.

Das politische Feld und die Kultur- und Kunstfelder stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Die PolitikerInnen in ihrer gezwungenen hinterhältigen Mittelmäßigkeit können höchstens Begriffe und verkürzte, vereinfachte Inhalte transportieren. Vor diesem Hintergrund ist es nie ein „naiver Zufall“, welche Worte von wem und wo verwendet und geprägt werden. Es sind bewusst gewählte

Handlungen, wenn an bestimmten, für die Öffentlichkeit zentralen Orten, wie im Parlament, viele Male Worte und Diskurse wiederholt werden. Mit der Differenzierung des Inhaltsgehalts der Begriffe die auch die Funktion hat, andere mögliche Inhalte auszuschließen befassen sich die Kultur- und KunstproduzentInnen. Sie liefern die Argumente, warum ein Sachverhalt gegenwärtig so ist und nicht anders sein kann.

Eine Intervention der Kunst, ein Eingriff in die Zusammenhänge des politischen Felds seitens der KunstproduzentInnen, erfolgt entlang dieser Ausschlusslinien: Beispielsweise die Hinterfragung der diskursiven Selbstverständlichkeiten wie etwa die jahrzehntelange öffentliche Annahme, dass der Name „Kolaric“ *(6) für die Bezeichnung der MigrantInnen aus Jugoslawien steht. Eine Intervention ist eine Parteinahme für eine bestimmte Denkweise. Intervenieren im Kultur- und Kunstfeld heißt Diskursarbeit zu leisten mit dem Ziel, an Verschiebungen der bestehenden Normalitäten zu arbeiten und demzufolge das politische Moment in der Kunst zu bejahen. Politisch-antirassistisch handelnde KünstlerInnen intervenieren in die Gesellschaft entlang der Handlungs- und Denklinien, die im Text bereits angesprochen wurden. Sie ermöglichen es, die Normalität zu begreifen. Sie leisten eine Historisierung bestimmter bisher verborgener Sachverhalte und eine Arbeit an der Utopie. Diese Momente künstlerischer Interventionen zeigen sich am Beispiel des in Wien ansässigen Chors *Hor 29 Novembar*, der am 14. August 2013 eine öffentliche Probe im Wiener Augarten veranstaltete. Der Anlass dafür war, dass sich am gleichen Tag im Jahr 1972 in diesem Park mehrere Tausende MigrantInnen, die durch die österreichische „Gastarbeiter“-Politik von Jugoslawien nach Österreich geholt wurden, versammelten, um gemeinsam zu singen, zu tanzen und zu essen. Die MigrantInnen, die in den 1960er und 1970er Jahren lediglich als „GastarbeiterInnen“ wahrgenommen und denen kaum Freizeit und die selbstbestimmte Nutzung von öffentlichen Räumen zugestanden wurde, hatten sich einen Teil der Parkfläche angeeignet. Die Reaktion seitens der Behörden war ihre Verdrängung auf die damals noch nicht erbaute Donauinsel. Von diesem Ereignis wissen die wenigsten Menschen in Österreich, nicht zuletzt, weil die kulturellen und politischen Aktivitäten von MigrantInnen nicht Teil der dominanten österreichische Geschichtsschreibung sind. Der *Chor 29 Novembar* thematisiert mit seinem Auftritt im Augarten die Aktivitäten von MigrantInnen und macht sie dadurch als kulturell und politisch handelnde Subjekte sichtbar.



Foto: Michael Kalivoda

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie der *Chor 29 Novembar* als singendes und intervenierendes Kollektiv in bestehende Diskurse eingreift und die Frage nach der Konstruktion von nationaler Geschichte und Identität zu einem Thema macht, das

öffentlich und unter Berücksichtigung der minorisierten Geschichten stattfinden soll. Der Chor interveniert folglich zugunsten der Geschichten der Migration und der kulturellen und politischen Aktivitäten von MigrantInnen. So gesehen ist jede Kultur- und Kunstproduktion, die sich am politischen Antirassismus orientiert, immer auch politisch.

//Zur Person

Ljubomir Bratić

Ljubomir Bratić ist Philosoph, Autor, Kurator, Künstler und Flüchtlingsbetreuer.

<http://ljubomirbratic.wordpress.com>

<https://www.facebook.com/ljubomir.bratic>

//Literaturnachweise

- *1 Bourdieu, Pierre (2013) *Politik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- *2 Bourdieu, Pierre (1993) *Sozialer Sinn*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- *3 Bratić, Ljubomir (2012) *Politischer Antirassismus*. Wien: Löcker
- *4 Chor 29 Novembar: <http://hor29n.wordpress.com/2013/08/18/hor-im-augarten-40-jahre-balkan-woodstock/>
- *5 GEMMI (2005) *1000 Jahre Haft*, Wien, Eigenverlag. Verfügbar unter: <http://no-racism.net/upload/424899865.pdf> (18.01.2014)
- *6 Marx, Karl (1962) *Kapital*. Band I. Berlin: Dietz. Verfügbar unter: http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_000.htm (20.01.2014)
- *7 Moulrier Boutang, Yann (2002) *Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration*. In: *subtropen / Jungle World* Nr. 28, 5. Verfügbar unter: <http://jungle-world.com/artikel/2002/14/24171.html> (18.01.2014)
- *8 Ranciére, Jacques (2002) *Das Unvernehmen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- *9 Schroer, Markus (2006) *Räume, Orte, Grenzen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- *10 Wallerstein, Immanuel (2002) *Utopistik*. Wien: Promedia

//Fussnoten

- *1 1964 wurde der Anwerbevertrag zwischen Österreich und der Türkei und 1966 zwischen Österreich und Jugoslawien unterzeichnet. Wie befinden uns im Jahr 2014, also in einem Jubiläumsjahr: 50 Jahre nach der offiziellen Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei. Allerdings scheint ein halbes Jahrhundert Migration nach Österreich für die offiziellen Stellen in Österreich nicht sehr inspirierend zu sein, um mit den üblichen Feierlichkeiten an das Jubiläum zu erinnern.

- * 2 Praxis wird hier im Sinne von Bourdieus „Praxeologie“ (Bourdieu 2003) gedacht. Diese ist folglich unumkehrbar, dringlich und zeitlich bedingt. Sie erfolgt durch Leiblichkeit und sie ist distanzlos. Ein Beispiel aus der antirassistischen Praxis sind die Protestmaßnahmen gegen Abschiebungen oder die in Jahren 2000 und 2001 erfolgten Aktionen bei Gerichtsprozessen gegen 127 Personen, die während der „Aktion Spring“ (GEMMI 2005) verhaftet wurden.
- * 3 Siehe dazu: www.archivdermigration.at und <https://www.facebook.com/ArchivDerMigration>
- * 4 Siehe dazu: <http://refugeecampvienna.noblogs.org>
- * 5 Unter Politik wird hier die gesellschaftliche Ebene der Verwaltung, der Parteien und Interessensvertretungen, also alles das, was Jacques Rancière (2002) Polizei nennt, verstanden.
- * 6 Vgl. etwa: <http://oesterreich-2005.at/projekte/arbeitengegenrassismen/112185448/view>
- * 7 Leider sind in den PDF-Versionen einige Sonderzeichen nicht richtig umgewandelt. Wir entschuldigen uns dafür!
- * 0